

Die Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung

Ein Kommentar

von Rupert Graf Strachwitz

Engagement ist gut, mehr noch, es begeistert! Engagement ist Selbstverwirklichung, führt zu einem erfüllten Leben. Engagement ist Kommunikation. Engagement ist Bürgertugend. Engagement ist Mut. Engagement darf und soll Spaß machen, Kreativität freisetzen, Ideen befördern und Gedanken beflügeln. Ohne Engagement hat unsere Demokratie keine Zukunft.

Liest man die Nationale Engagementstrategie, die die Bundesregierung im Herbst 2010 verabschiedet hat, bekommt man nicht diesen Eindruck. Die Lektüre des 70-seitigen Textes ist ermüdend, über weite Strecken einfach nur langweilig. Sie enthält keine Vision, vermittelt nicht Mut, sondern Angst.

Wovor fürchtet sich die Bundesregierung? Warum versucht sie auszublenden, daß engagierte Bürgerinnen und Bürger in der Arena der Zivilgesellschaft ein legitimes politisches Mandat wahrnehmen, unsere Demokratie vorantreiben, für den sozialen Kitt sorgen, der unsere Gesellschaft zusammenhält?

Schon vor mehr als 10 Jahren hat die Europäische Kommission vier Funktionen zivilgesellschaftlicher Organisationen definiert: die Themenanwaltschaft, die Dienstleistungen, die Selbsthilfe und die Mittlerfunktion. Zwei weitere, die Wächterfunktion und die – wichtige – Geselligkeitsfunktion lassen sich hinzufügen. Die 80% des bürgerschaftlichen Engagements, die in der Zivilgesellschaft stattfinden, verteilen sich auf alle diese Funktionen. Davon nimmt die Nationale Engagementstrategie keine Notiz. Ihr Augenmerk richtet sich auf die durch Engagement erbrachten Dienstleistungen, die erhoffte Unterstützung staatlicher Aufgaben durch das Spenden von Zeit und Geld.

Daß die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinschaft viel mehr spenden – ihre Empathie, ihre Kreativität, ihre Reputation, daß sie ihre Zeit und ihr Geld aus freiem Antrieb für Ziele opfern, die sie als wichtig erkannt haben, daß unsere Gesellschaft davon lebt, daß dies geschieht, Gott Lob, in reichem Maße und immer mehr – von alledem kein Wort. „Bürgerschaftliches Engagement ... findet vor dem Hintergrund, daß Staat und Kommunen nicht mehr alles leisten können, ... neue Wertschätzung.“ Das ist alles. Nein, ein müder Satz folgt noch: „Nicht zuletzt durch die Förderung eines Gemeinschaftsgefühls ist dies auch in der heutigen Zeit ein wichtiger Aspekt im Zusammenleben der Menschen.“ Ach, ja! Sollen Sätze wie diese vielleicht Begeisterung für mehr Engagement zünden?

Brauchen wir uns da noch zu wundern, daß technische Erfindungen aus Deutschland nach wie vor gut sind, dieses Deutschland aber immer der Nachzügler bleibt, wenn es um gesellschaftliche Reformprozesse geht? Es erscheint ja schon als Wunder, daß sich trotz unseres hierarchiegläubigen Bildungssystems, trotz der zahlreichen Relikte von Obrigkeitsstaat tatsächlich 23 Millionen Bürgerinnen und Bürger irgendwo im Land engagieren – selbstermächtigt und ohne daß eine Strategie der Bundesregierung ihnen dies sonderlich erleichtert oder gar ermöglicht hätte. Diese hat, wenn man dem Bericht glauben darf, noch nicht einmal mitbekommen, daß sich dieses Engagement seit Jahrzehnten verlagert – weg von den großen, alten Verbänden, hin zu den kleinen, neuen Gruppen. Unser Land ist voll von engagierten unternehmerischen Menschen, solchen mit pfiffigen neuen Geschäftsmodellen im Markt und solchen mit pfiffigen neuen Konzepten in der Zivilgesellschaft. Neue Spendenmodelle, neue Organisationsformen, neue Ziele, neue Arbeitsmethoden, neue Beteiligte, neue Verfahren! Was steht davon in der Engagementstrategie der Bundesregierung? Nichts!

Diese listet vielmehr akribisch auf, was in 11 Ministerien und 4 weiteren Bundeseinrichtungen an kleinen und kleinsten Programmen erdacht wurde, die irgendetwas mit dem Thema zu tun haben könnten. Man kann sich vorstellen, wie das gegangen ist. Die Bundesregierung denkt sich aus, es kommt gut, wenn dazu mal was vorgelegt wird, das Familienministerium (BMFSFJ) als federführendes schickt ein Rundschreiben, die anderen antworten mehr oder weniger begeistert mit dem, was sie glauben, beitragen zu können, und das wird zu einem möglichst dicken Paket zusammengestellt. Auf Stringenz, gar Strategie im echten Sinn kommt es nur insofern an, als das federführende Ministerium darauf achtet, häufig erwähnt zu sein. Herauskommt eine Auflistung von Verwaltungshandeln, mehr nicht, allenfalls die Vorstellung, auch selbstermächtigt Handeln ließe sich administrativ beherrschen.

Nun könnte es ja sein, daß die Strategie darin besteht, keine Engagementstrategie der Bundesregierung zu verfolgen. Auch das wäre eine Botschaft; sie wäre nicht einmal abwegig. Bürgerschaftliches Engagement findet selbstermächtigt und selbstorganisiert ganz überwiegend in der Arena der Zivilgesellschaft statt. Dort hat der Staat keine originäre Zuständigkeit, sondern vollzieht nur den Auftrag der Bürgerinnen und Bürger, vernünftige gesetzliche Rahmenbedingungen zu setzen. Ein nüchterner Titel wie ‚Grundsätze für die Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements‘ wäre dafür angemessen. In der Tat, es würde sich lohnen, solche Grundsätze aufzustellen und das Verwaltungshandeln nach diesen Grundsätzen durchzudeklinieren. Dann bewegen wir uns in den Mühen der Ebene, beispielsweise im Steuerrecht und Zuwendungsrecht, wo es einiges gibt, was dem politischen Willen, für bürgerschaftliches Engagement stringente und vernünftige

Rahmenbedingungen zu setzen, nicht entspricht. Da wäre das Bundesministerium der Finanzen gefragt; dieses war nicht unter den 11 beteiligten Ministerien.

Die Bundesregierung hat sich aber mehr vorgenommen. Sie will sich gerade nicht zurückhalten, sondern eine aktive, strategische Engagementpolitik formulieren. „Bürgerschaftliches Engagement ist ein wichtiger Aspekt von Integration und Teilhabe aller Menschen in den unterschiedlichen Bereichen von Staat und Gesellschaft“, heißt es an einer Stelle. Nicht gerade aufrüttelnd, aber grundsätzlich richtig. Daß das Gegensatzpaar Staat – Gesellschaft in die politiktheoretische Mottenkiste gehört, lassen wir einmal beiseite. „Eine moderne Engagementpolitik fördert dieses Engagement und bietet auch bislang engagementfernen Menschen Möglichkeiten zum Engagement und damit zu Integration und Teilhabe an unserer Gesellschaft.“ Diesem Anspruch wird der Text gewiß nicht gerecht.

Nochmal, man kann schon fragen, ob es Aufgabe des Staates ist, „bislang engagementfremden Menschen Möglichkeiten zum Engagement“ zu bieten. Ist das etwa der Sinn von Freiwilligendiensten? Man muß schon aufpassen, daß die Integrität, Autonomie und Handlungslogik der Zivilgesellschaft nicht diesem Anspruch zum Opfer fällt. Die finanziellen Leimruten des Staates sind oft allzu verlockend, und von diesen ist in dem Strategiepapier auch vielfach die Rede. Und nimmt man die Beschränkung auf den Dienstleistungsteil des Engagements dazu, könnte es schon sein, daß Strategie einen ganz anderen Sinn erhält. Die Angst vor der Macht der Engagierten führt, so kann man spekulieren, zu einer ausdifferenzierten Strategie des ‚An die Leine nehmen‘. Die Strategie bestünde dann nicht darin, Engagement zu fördern, sondern vielmehr, es zu unterwerfen, durch die Köder der Subventionierung und Kontrakte, gepaart mit der Beschränkung durch Steuer- und Zuwendungsrecht.

Ist das aber nicht die Absicht, gehören in eine nationale Engagementstrategie, die diesen Namen verdient, ganz andere Komponenten. Dann geht es vornehmlich tatsächlich um ‚Empowerment‘ also um Ermöglichung und Kräftigung des organisierten Engagements im Hinblick auf den originären zivilgesellschaftlichen Mehrwert, den dieses erbringt – ganz gleich, ob es in ministerielle Pläne paßt oder nicht. Es geht dann gerade nicht um Dienstleistungen, nicht um Kontrakte, Aufträge, Förderprogramme, sondern um Sozialkapital, Partizipation, Inklusion, sozialen Wandel und die lebendige Demokratie, die dem Parteien- und Verbändestaat weitgehend abhanden gekommen ist. Es geht um Bildung und Organisationsentwicklung. Dann muß nicht „die Förderung bürgerschaftlichen Engagements ... auch in Schulen ... befördert werden [sic]“, sondern dann müssen Lehrinhalte neu definiert und Lehrpläne umgeschrieben werden – ich weiß, Ländersache. Dann müssen Mediationsverfahren gefestigt, Partizipationschancen gestärkt, neue Beteiligungsmodelle entwickelt, muß bürgerschaftliche Initiative ganz anders respektiert werden. Dann darf das Programm Soziale Stadt gerade nicht

zusammengestrichen, dürfen die Jugendfreiwilligendienste nicht in die Hände staatlicher Behörden gelegt werden. Dann gilt es zu überlegen, wie die zivilgesellschaftlichen Organisationen nicht immer abhängiger, sondern unabhängiger werden können. Dann müssen diese das Vertrauen in die Beständigkeit der Politik zurückgewinnen, sich auf strategische Vorgaben verlassen können und nicht durch ständige Politikwechsel permanent verunsichert werden. Dann müssen Netzwerke als Partner ernst genommen und wo möglich unterstützt werden.

Kollektives Handeln erfolgt heute in drei Arenen: Zivilgesellschaft, Staat und Markt. Jede hat ihre Handlungslogik, jede dieser Logiken verdient Respekt. Wenn die Arena Staat über eine der anderen urteilen will, muß sie sich schlau machen. Das tut sie im Hinblick auf den Markt seit Jahrzehnten. Aber haben wir denn ausgelotet, wie sich Minderheiten und Migranten engagieren? Wissen wir darüber überhaupt irgendetwas? Wissen wir, welchen Zusammenhalt muslimische Gemeinden pflegen? Wie sie füreinander einstehen? Die Bundesregierung weiß es offenkundig nicht, sonst würde sie nicht mit ein paar wohlfeilen Sätzen über Lotsen und Mentoren über Gemeinschaftsbildung in Subkulturen hinweggehen. Und die gibt es nicht nur bei Migranten! Wenn die Bundesregierung es ernst meint mit der Engagementstrategie, dann müssen wir mehr über Engagement wissen. Wir haben ein eklatantes Forschungs- und Theoriedefizit. Hier hat die Bundesregierung eine Zuständigkeit. Forschungsförderung ist unstrittig Aufgabe des Bundes; Forschung zu gesellschaftlichen Prozessen ist ein dringendes Anliegen, gewiß dringender als die hier dargestellten kurzatmigen Förderprogramme, die eher dem Gießkannenprinzip als einer Strategie zu folgen scheinen.

Eine Strategie setzt voraus, daß die Ziele definiert werden. So umstritten diese im einzelnen sein mögen, in der Energie-, der Arbeitsmarkt-, der Sozialpolitik, ganz allgemein im Hinblick auf den Markt hat die Bundesregierung Ziele formuliert und richtet ihre Strategie danach aus. Strukturelle Hilfen stehen dabei zu Recht im Mittelpunkt. Diese Zielbestimmung fehlt in der Zivilgesellschafts- und Engagementpolitik, jedenfalls weist sie nicht in die Zukunft. Kein Wunder, daß eine Strategie, die nicht weiß, was sie erreichen soll, diesen Namen nicht verdient.

2011 ist ein europäisches Jahr der Freiwilligenarbeit. Da geht es um einen Schritt nach vorn auf dem Weg zu einer europäischen Bürgergesellschaft, einer Gesellschaft also, die vom Bürger her bestimmt ist, vielleicht sogar einer Gesellschaft, in der die drei Arenen in Wettbewerb und Kooperation, jedenfalls aber im Respekt vor einander auf dieses Ziel zusteuern. Wieder einmal finden wir Deutschland bei den Nachzüglern auf dem Reformweg. Diese Strategie bietet keinen stringenten Ansatz, um den Rückstand aufzuholen. Vielleicht braucht ihn die Zivilgesellschaft auch nicht, denn sie mobilisiert aus eigener Kraft die Visionäre der Gesellschaft ebenso wie deren Mitstreiter. Diese sind längst über alle Grenzen

hinweg vernetzt und bestimmen vielfach ihre eigene Agenda. Wenn die Bundesregierung darauf Einfluß nehmen, gar eigenes Strategisches einbringen will, muß sie sich schon etwas Spannenderes einfallen lassen.

Berlin, 1. Dezember 2010

Dr. Rupert Graf Strachwitz

Der Politikwissenschaftler Dr. phil. Rupert Graf Strachwitz leitet das Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft an der Humboldt Universität zu Berlin.